Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 139 (1973)

Heft: 8

Artikel: Friedensforschung im Lichte sozialistischer Wehrpolitik

Autor: Arnold, Max

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-48057

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Friedensforschung im Lichte sozialistischer Wehrpolitik

Max Arnold

Vor fünf Jahren, als der Bundesrat mein Postulat, ein Schweizerisches Institut für Konfliktsforschung, Friedenssicherung und Rüstungsbeschränkung zu schaffen, entgegennahm, gab man auf der ganzen Welt für militärische Zwecke 182 Milliarden Dollar aus, für die Entwicklungshilfe nur 11 Milliarden Dollar!

Aufgewendet wurden im Durchschnitt pro Soldat 7800 Dollar, für die Ausbildung der im Alter von 5 bis 19 Jahren stehenden Menschen aber nur 100 Dollar pro Kopf und pro Jahr.

Von den:

- 10 Mio Toten des 1. Weltkrieges waren 5% Zivilpersonen
- 60 Mio Toten des 2. Weltkrieges waren 50% Zivilpersonen
- 9 Mio Toten des Koreakrieges waren 84% Zivilpersonen
- Toten eines modernen Krieges werden sein 90% Zivilpersonen

Das ist die Welt, in der wir leben, eine Welt voll sozialer und nationaler Konflikte!

Würden sich die Völker mit dem Potential der heutigen Kriegsmittel gegenseitig vernichten, dann gäbe es keine Konflikte mehr. Gegensätze und Konflikte können nur unter Lebenden, nicht unter Toten bestehen.

Wenn wir weiterleben wollen, müssen wir Methoden erforschen, um Konflikte auf friedlichem Weg zu entschärfen und zu lösen. Angesichts der apokalyptischen Perspektiven, die die moderne Kriegstechnik eröffnet, müssen die Völker bei Gefahr ihres Unterganges lernen, Konflikte ohne die Anwendung von Gewalt, Terror und Krieg zu lösen. Dadurch wird auch der Stellenwert der verschiedenen Elemente der Friedenssicherung bestimmt. Je besser unsere Brandverhütungsmaßnahmen sind, desto weniger hat die Feuerwehr zu tun. Je erfolgreicher die politischen Beiträge der Schweiz zur Sicherung des Friedens sind, desto eher wird unserer Armee der militärische Ernstfall erspart bleiben.

Was unsere Militärpolitik betrifft, ist sie einer umfassenden, friedensstrategischen Sicherheitspolitik, die den Frieden als Ernstfall betrachtet, einzuordnen. Aber bei der Bewaffnung der Armee müssen wir trotzdem mit dem Ernstfall des Krieges rechnen. Die Armee soll im Rahmen unserer Friedensstrategie einen allfälligen Aggressor durch einen hohen Eintrittspreis davon abhalten, uns anzugreifen. Würden wir aber trotzdem angegriffen, so müßten wir durch den militärischen Abwehrkampf in der Lage sein, diesen hohen Eintrittspreis zu erheben.

Die Armee ist die letzte Waffe der Friedenssicherung. Oder paradox formuliert: Die Gewalt ist die letzte Waffe der Gewaltlosigkeit. – Gewaltlosigkeit ist als Zielsetzung eine Alternative gegen Gewalt und Krieg. Aber gegen die konkrete Vergewaltigung einzelner oder ganzer Gemeinschaften ist Gewaltlosigkeit keine Alternative und keine Waffe.

Unter dem Begriff Strategie versteht die vom Bundesrat eingesetzte «Studienkommission für strategische Fragen» in ihrem Bericht vom 14. November 1969, von unserem Kleinstaat aus gesprochen, «den umfassend konzipierten Einsatz aller Kräfte der Nation zur Verwirklichung der politischen Ziele des Staates gegenüber einer zum Machtgebrauch bereiten Umwelt.»

Eine umfassende friedensstrategische Sicherheitspolitik der Schweiz darf aber nicht auf die Vorstellung «einer zum Machtgebrauch bereiten Umwelt» fixiert werden. Wir erkennen die Erde als gemeinsame Heimat aller Menschen. Wir wollen gemeinsam mit andern Völkern den Frieden zum Ernstfall machen, die «zum Machtgebrauch bereite Umwelt» verändern. Alles einem neutralen Kleinstaat Zumutbare soll getan werden, um dem Frieden zu dienen.

Die Entwicklung der Waffentechnik im Atomzeitalter und die daraus abgeleitete «Strategie des beschränkten Krieges» einerseits und der «Strategie der Abschreckung» andererseits lassen uns die objektiven Grenzen der militärischen Gewalt und damit auch die neuen Möglichkeiten einer aktiven, realistischen Friedenspolitik der kleinen neutralen Staaten erkennen.

In der sozialistischen Friedensstrategie «sind die Organisation der nationalen Verteidigung und die Organisation des internationalen Friedens solidarisch verbunden». Das betonte der große französische Arbeiterführer Jean Jaurès schon 1913 in seinem Buch «La nouvelle armée». Er erklärte, alles, was ein dem Frieden verpflichtetes Volk tue, um die Kraft seiner Verteidigung zu stärken, werde die Friedensaussichten draußen in der Welt vermehren. Und alles, was es dazu beiträgt, um außerhalb seines Landes den Frieden rechtlich zu organisieren, wird seine Wehrkraft erhöhen.

Das auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende Milizsystem ist für uns die unverrückbare Grundlage einer sozialistischen Wehrpolitik. Es wäre ein gefährliches politisches Abenteuer, die Dienstpflicht fakultativ zu erklären. Solange die Armee eine Institution – oder allenfalls ein notwendiges Übel – unserer staatlichen Gemeinschaft ist, können wir uns von ihr nicht dispensieren, ohne die Demokratie zu gefährden. Möglicherweise gibt es reaktionäre Kreise, die an einer Berufsarmee oder an einer durch freiwillige Selektion oder durch Resignation der Arbeiter geprägten Klassenarmee Gefallen finden würden. Den Gewerkschaftern und Sozialisten aber, die ihre demokratischen Pflichten ernst nehmen, dient Griechenland und sein Obersten-Regime als warnendes Beispiel.

Die Einführung einer zivilen Dienstpflicht ist daher nicht als fakultative Wahlfreiheit, sondern als Toleranz gegenüber einer Minderheit, die kein militärdiensttaugliches Gewissen hat, zu verstehen. Wir wollen damit erreichen, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit in unserem Lande nicht weniger Schutz genießt als die Handels- und Gewerbefreiheit.

Solange der Friede und die Freiheit nicht unter dem Schutz einer internationalen Rechtsordnung stehen, leistet der Schweizer seinen Wehrdienst nicht nur aus Gehorsam gegen Verfassung und Gesetz. Er fühlt sich auch seinem Gewissen verpflichtet, einer dem Frieden dienenden Armee anzugehören.

Das hindert ihn aber nicht, Mitbürger zu achten, deren Gewissen sie verpflichtet, dieser Armee den Dienst zu verweigern, obwohl eine internationale Schutzmacht noch nicht besteht.

Beide sind überzeugt, dem Frieden zu dienen. Sie erkennen Krieg und Gewalt als gesellschaftliche Krankheiten, und in unserer Zeit als lebensgefährliche Krankheiten. Für die einen ist die dem Frieden dienende Armee ein Impfstoff, der den Ausbruch der Krankheit verhindern soll. Die andern sind Impfgegner. Sie vertrauen mehr auf Geisterbeschwörung als auf die Medizin.

Weil aber der Militärdienstverweigerer sich einer allgemeinen Bürgerpflicht entzieht und weil die Militärgerichte untauglich sind, um seine Gewissensgründe zu objektivieren, sollte ihm anstelle einer Strafe eine zivile Dienstpflicht auferlegt werden, die zusätzliche Opfer fordert. Das dient sowohl den Interessen des Milizsystems wie einer Objektivierung der Gewissensgründe.

Clemenceau soll gesagt haben, der Krieg sei eine zu ernste Sache, um ihn den Generälen zu überlassen. So könnte man heute

sagen, der Friede sei eine zu ernste Sache, um ihn den Pazifisten zu überlassen. Wenn die Handelnden zu wenig wissen und die Wissenden zu wenig handeln, fehlt es eben an einem Organ, das durch Forschung und Information zu gemeinsamer Erkenntnis und zu gemeinsamem Handeln führt.

Konflikts- und Friedensforschung und eine großzügige Entwicklungshilfe müssen heute tragende Elemente einer umfassenden Sicherheitspolitik unseres Landes sein. Die jungen Schweizer, die wir zum Militärdienst verpflichten, haben ein Recht darauf, daß Bundesrat, Parlament und die Armee die politische Seite der Friedenssicherung ernst nehmen.

Wäre es nun denkbar, daß wir die Bedeutung eines Schweizerischen Friedensinstitutes überschätzen?

Darauf möchte ich antworten: Man kann die Bedeutung eines wissenschaftlichen Forschungs- und Informationsorgans, das unserer Regierung solide Unterlagen für eine aktive Sicherheitspolitik zu erarbeiten hat, gar nicht überschätzen.

Oder überschätzen wir die Bedeutung unseres Landes im Kampf um den Frieden?

Darauf lasse ich den holländischen Professor Röling antworten: «Es gibt kaum ein Land, das mehr wie die Schweiz dazu berufen wäre, ein Institut für Friedensforschung zu errichten. Als Land der traditionellen Neutralität, als Initiantin und Hüterin des Internationalen Roten Kreuzes, stünde es der Schweiz wohl an, eine Stätte der Forschung für den Frieden und für die Freiheit der Völker ins Leben zu rufen.»

Solche Institute neutraler Länder können der Sache des Friedens einen besonders wertvollen Dienst leisten, wenn sie sich neben ihrer Forschungsarbeit zum Ziel setzen, Begegnungen und Gespräche zwischen Vertretern west- und osteuropäischer Institutionen anzustreben.

«Wenn die Menschheit bis heute überleben und sogar gedeihen konnte» erklärte Professor Röling am 27. November 1966 in Bern, «verdanken wir das nicht der Weisheit unserer Väter, sondern ihrer Unkenntnis der Vernichtungsmittel, also der Tatsache, daß sie über die Möglichkeiten, zerstören zu können, so wenig wußten. Mit dieser Unkenntnis ist es aber heute zu Ende.»

«Angesichts der über uns schwebenden Drohung der totalen Vernichtung ist es höchste Zeit, daß die Friedens- und Konfliktsforschung mit wissenschaftlichen Methoden an das wichtigste Problem der Gegenwart – die Erhaltung des Friedens – herangeht, da der Krieg das Ende und die Negierung aller Politik ist.»

Wir wissen heute über die Grenzen der militärischen Gewalt und über das Verhältnis zwischen Krieg und Politik mehr als der vor 140 Jahren verstorbene Theoretiker der Kriegsführung, General von Clausewitz, damals wissen konnte, als er sagte, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln.

Könnten wir von einem fernen Planeten aus die Jahrhunderte der Kriegsgeschichte der Erdbewohner mit einem Zeitraffer überblicken und würde uns ein Teleskop als deren letzte Phase die Atompilze registrieren, so würden wir als unbeteiligte Beobachter mit Spannung abwarten, ob nun auf der Erde das Ende der Kriegsgeschichte oder das Ende der Erdbewohner bevorstehe.

Die Erdbewohner geht das aber etwas an, gleichgültig, ob sie einer Großmacht oder einem neutralen Kleinstaat angehören.

Die kleinen Völker erliegen auch weniger der Versuchung, in rein machtpolitischen Grenzen zu denken und zu handeln, als die Großmächte. Bemühungen der Schweiz um die Entschärfung drohender Konflikte und die Sicherung des Friedens werden ernstlich nicht mißdeutet werden können, solange wir die Freiheit, Unabhängigkeit und die militärische Neutralität unseres Landes bewahren.

Weltweiter Waffenhandel

Dr. Robert Adam

Der kalte Krieg zwischen den beiden Supermächten ist beendet, weder der Vietnamkrieg noch der Krieg im Nahen Osten lassen eine Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR befürchten. Aber die Hoffnung, daß die Menschheit in eine Ära des Friedens eintritt, wird überschattet von der gewaltigen Zunahme des Handels mit militärischer Ausrüstung in allen Teilen der Welt.

Nach den letzten Schätzungen beläuft sich der internationale Handel in Militärflugzeugen, Geschossen aller Art, Kriegsschiffen, Tanks, Handwaffen und andern militärischen Gegenständen jährlich auf nahezu 7 Milliarden Dollar. Das ist das Doppelte des Umfangs vor 10 Jahren und schließt die militärische Hilfe, die hauptsächlich von den USA andern Ländern gewährt wird, nicht ein.

Ein harter *Wettbewerb* besteht in erster Linie zwischen den USA, der UdSSR, England und Frankreich. Als «internationale Anarchie» hat ein Sachverständiger diesen Wettbewerb gekennzeichnet, in dem jedes Land seine Vorschriften erläßt, zu generösen Bedingungen Kredit gewährt, schnell in die Lücke eindringt, die ein anderer Lieferant aus diplomatischen oder sonstigen Gründen läßt.

Die amerikanische Wochenzeitschrift «US News and World Report», Dayton, Ohio, gibt in der Ausgabe vom 22. Januar 1973, S. 50ff., das Ergebnis einer Erhebung bekannt, die ihr Mitarbeiterstab in vielen Ländern angestellt und mit Hilfe von Sachverständigen aus militärischen und zivilen Bundesbehörden der USA ausgearbeitet hat. Nach diesen Schätzungen haben im Jahre 1972 verkauft:

Wert in Millionen Dollar	Vorwiegend an	Hauptsächliche Posten
USA 2800	NATO-Länder, Israel, Iran, Jordanien, Saudiarabien, Australien, Thailand, Japan, Südkorea, Taiwan	Flugzeuge, Tanks, gepanzerte Autos, Munition, Fernraketen
UdSSR 2200	Länder des Warschauer Pakts, Ägypten, Indien, Syrien, Nordkorea, Nordvietnam	Flugzeuge, Fernraketen, Tanks, gepanzerte Autos
England ... 700	NATO-Länder, Iran, Kuweit, Saudiarabien, Libanon, Südafrika, Australien, Indien, Ekuador, Brasilien	Flugzeuge, Fernraketen, Helikopter, Kriegsschiffe
Frankreich . 700	Südafrika, Griechenland, Spanien, Türkei, Argentinien, Venezuela, Libanon, Libyen, Algerien	Flugzeuge, Maschinen, Tanks, gepanzerte Autos

Auf die «großen Vier» entfallen etwa 90% der Gesamtsumme; in den Rest teilen sich Schweden, Kanada, Belgien, Israel, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und die Tschechoslowakei. Fast die Hälfte des Verkaufs entfällt auf Flugzeuge.

Nach einer Bekanntgabe der *US Arms Control and Disarmament Agency* gaben im Jahre 1971 120 Länder 216 Milliarden Dollar für militärische Zwecke aus, was eine Zunahme von 82% seit dem Jahre 1960 bedeutet. Die Zahl der in Waffen stehenden Mannschaft wuchs seither von 19 auf 23 Millionen.

Bei den *Lieferungen der USA* sind zwei Perioden zu unterscheiden. Während sie ohne Gegenleistung in der Nachkriegszeit bis zum Jahre 1966 weit überwogen, da die meisten Empfänger